

Ende der Demokratie oder **Diktatur**

Das Land, in welchem der sogenannte Arabische Frühling seinen Ausgang genommen hat, ist mehr als ein Jahrzehnt danach noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Die Hoffnungen auf eine demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen sind unerfüllt geblieben. Weitverbreitete Korruption hat dies verhindert, aber auch die vollmundig angekündigte westliche Hilfe war zu gering und zudem unter schwer annehmbaren Bedingungen. Der mit großer Mehrheit gewählte Präsident führt das Land autokratisch. Von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung kann keine Rede sein.

Von **Werner Ruf**



Nachoir / Shutterstock.com

Tunis, Tunesien, 5. Mai 2022: Tunesische Journalisten protestieren gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit

Jahrelang galt Tunesien als einziger Staat der arabischen Welt, in dem der Aufstand des Jahres 2011 gegen die Herrschenden nicht nur einen regime change sondern auch den dauerhaften Übergang zu einer Parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild bewirkt hatte. Auf der homepage des deutschen Auswärtigen Amtes wurde das Land gar als „Leuchtturm der Demokratie“ geführt. Im Januar 2014, drei Jahre nach der Flucht des Diktators Zine Abdine Ben Ali, verabschiedete das als Verfassunggebende Versammlung frei und demokratisch gewählte Parlament eine neue Verfassung, die Gewaltenteilung zu sichern versprach, individuelle Freiheiten verankerte, Religionsfreiheit und Minderheitenrechte festschrieb.² Jedoch: Weder der Verfassunggebenden Versamm-

lung noch den nachfolgenden Parlamenten gelang es, den in der Verfassung vorgesehenen Verfassungsrat zu bilden, was sich als schwere Hypothek für die weitere konstitutionelle und politische Entwicklung des Landes erwies.

Die mühsamen Anfänge einer bürgerlichen Demokratie

Schon damals zeigten sich erhebliche Differenzen zwischen dem Text der Verfassung und der politischen Wirklichkeit des Landes, die gekennzeichnet war durch den Aufbau einer parallelen Staatlichkeit durch die den Muslimbrüdern nahestehende, in der Regierung führende islamistische Partei en-nahda. Sie sicherte sich Schlüsselministerien wie Inneres und Justiz. En-nahda wurde massiv beschuldigt, islamistische Kämpfer, darunter viele Frauen, für den Bürgerkrieg in Syrien zu rekrutieren und zu schleusen, zwei führende linke Politiker wurden ermordet. Zahlreiche von ihren

¹ Viele Einzelinformationen wurden der tunesischen Presse entnommen. Bezugsquelle ist der Pressespiegel der Bundesrepublik Deutschland, der derzeit dreimal wöchentlich erscheint.

² Ruf, Werner: Die tunesische Verfassung vom Januar 2014. In: Inamo Nr. 77, Frühjahr 2014, S. 4-7.

der Finanzmärkte?¹

Anhängern vorgebrachte Indizien deuten auf eine Verwicklung des islamistisch geführten Innenministeriums in die Anschläge.³ Bis heute, also nach fast zehn Jahren, wurden diese Morde nicht vor Gericht verhandelt. Die parteinahe Miliz „Wächter der Revolution“ terrorisierte säkulare Einrichtungen, Gewerkschafter, Künstler ...

Angesichts eines befürchteten Abgleitens des Landes in einen Bürgerkrieg drohten die mächtige Gewerkschaft UGTT, der tunesische Arbeitgeberverband UTICA, die Anwaltskammer und die tunesische Menschenrechtsliga mit einem Generalstreik. Die en-nahda geführte Regierung trat schließlich zugunsten einer Technokratenregierung zurück, das „Quartett“, die oben genannten vier Organisationen, erhielt den Friedensnobelpreis des Jahres 2015.

In den Jahren 2013 und 2014, als en-nahda noch stärkste Regierungspartei war, hatte Tunesien, gestützt vom Internationalen Währungsfonds, hohe Auslandsschulden aufgenommen, die sich von 2011, dem Zeitpunkt des Tyrannensturzes bis zum Jahre 2018 mehr als verdreifachten.⁴ Sie dienten vor allem der Einstellung von Mitgliedern und Anhängern der en-nahda im öffentlichen Dienst und in staatseigenen Betrieben. Mit der EU sollte ein umfassendes und vertieftes Freihandelsabkommen (Complete and Deep Free Trade Agreement, CDFTA, frz. ALECA) abgeschlossen werden, der tunesische Markt voll für freihändlerische Wirtschaftsbeziehungen geöffnet werden, was massive Arbeitsplatzverluste zur Folge gehabt hätte.⁵ Dank des Widerstands der mächtigen Gewerkschaft UGTT, der offiziellen Organisation der Landwirte und Fischer und zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft wurde das Abkommen bisher nicht abgeschlossen.

2014 wurde ein neues Parlament gewählt. Als Alternative zu den Islamisten trat die bürgerliche Partei Nida'a Tunis (Ruf Tunesiens) an. Diese ging aus den Wahlen als stärkste Kraft hervor, ihr Vorsitzender Beji Caid Essebsi, der schon zu Zeiten des Präsidenten Habib Burgiba mehrfach Minister war, wurde als Gegenkandidat zu dem en-nahda-nahen amtierenden Präsidenten Moncef Marzouki ins Präsidentenamt gewählt.⁶ Wie die Islamisten vertrat auch Nida'a Tunis neoliberale Positionen, die Präsidenten der beiden Parteien, Ghannouchi und Caid Essebsi, verabredeten eine Art Waffenstillstand. Essebsi verstarb 2019, die Partei hatte schon zuvor Auflösungserscheinungen gezeigt, zahlreiche Abgeordnete verließen sie und wechselten die Partei, sodass en-nahda wieder stärkste Fraktion wurde.

Im Oktober 2019 fanden turnusgemäß Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt: Nida'a Tunis trat nicht mehr an, en-nahda wurde mit zwei weiteren kleinen islamistischen Parteien stärkster Block. Rachid Ghanouchi wurde Parlamentspräsident, der ehemalige Dozent für Verfassungsrecht an der Universität Tunis, Kais

Sajed, der ohne Unterstützung einer Partei antrat und die ihm zustehende staatliche Wahlkampfhilfe ablehnte, gewann die Präsidentschaftswahl im zweiten Durchgang mit 72 % der Stimmen. Das Parlament verkam in der Folgezeit zu einem Debattierclub, viele Abgeordnete (nicht nur der en-nahda) verfolgten eigene Vorteile, die Korruption verbreitete sich auch in der Volksversammlung.

Basisdemokratie oder populistische Willkür?

Am 25. Juli 2021 weigerte sich Präsident Kais Sajed, mehrere Minister einer neu zu bildenden Regierung zu benennen, erließ ein Ausreiseverbot für zahlreiche Abgeordnete, suspendierte das Parlament und regiert seither allein per Dekret. Bei dieser Entscheidung berief sich der Präsident auf Art. 80 der Verfassung, der bei genauer Betrachtung eine solche Maßnahme nicht zulässt.⁷ En-nahda und einige weitere Parteien bezeichneten das Vorgehen Sajeds als Staatsstreich. Nun rächte sich bitter, dass es dem Parlament nach Abstimmung über die Verfassung (2014) nicht gelungen war, ein Oberstes Verfassungsgericht einzurichten, wie dies in der Verfassung vorgesehen war.

In seinem Demokratieverständnis scheint sich Sajed auf Konzepte der direkten Demokratie zu beziehen, er beruft sich auf einen von ihm selbst imaginierten Volkswillen, was zum Ausdruck kommt, wenn er seine Ansprachen mit dem Satz beginnt „ash-scha'ab jurid – das Volk will.“ Er geißelt die Korruption, fordert die Rückgabe der von seinem kleptokratischen Vorgänger Ben Ali unterschlagenen Vermögenswerte, wettet gegen die Parteien. Trotz des kontinuierlichen wirtschaftlichen Niedergangs, trotz der Zunahme willkürlicher Verhaftungen findet Sajed noch immer Unterstützung und Zustimmung bei der Hälfte der Bevölkerung.⁸

Am 26. Juli 2022 stimmten gut 30 % der Wahlberechtigten über eine neue Verfassung ab, die der Präsident weitgehend selbst ausgearbeitet haben soll. 94,6 % votierten für den Text, die Parteien hatten mehrheitlich die Wahlen boykottiert. Hinfort kann der Präsident Regierungen ohne parlamentarische Zustimmung ernennen oder entlassen, seine Absetzung ist nicht vorgesehen.

Die jüngsten Wahlergebnisse zeigen dagegen eine nahezu völlige Entfremdung der Bevölkerung von politischen Prozessen: So wurde am 17. Dezember 2022 gemäß der neuen Verfassung ein Parlament gewählt. Parteien waren nicht zugelassen, nur Einzelpersonen. Die Beteiligung der registrierten Wähler betrug ganze 8,8 %, was das Online-Magazin Business News dazu veranlasste, ironisch diese Wahlen als einsamen Rekord selbst in Afrika zu feiern.⁹ Im zweiten Wahlgang, der aufgrund von Stichwahlen notwendig wurde, erreichte die Beteiligung immerhin 11,2 %.

In der neuen Volksvertretung sind kaum mehr Frauen vertreten, während in den vorangegangenen Parlamenten die Hälfte der Sitze, da im Wahlgesetz vorgeschrieben, an Frauen gegangen waren. Demgegenüber hat Sajed jedoch in der von ihm gebildeten Regierung dafür gesorgt, dass seine Regierung zur Hälfte aus Frauen besteht, die Ministerpräsidentin ist eine Frau. In ihren Entscheidungen jedoch hängt die Regierung voll vom Willen des Präsidenten ab.

3 So hatte der lokale Resident der CIA das Innenministerium vor dem bevorstehenden zweiten Anschlag gewarnt. Wie Radio France Internationale berichtete, ging dieses dem Hinweis jedoch nicht nach. <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20130914-tunisie-nouvelles-revelations-assyas> [14-09-13]. Vgl. <https://www.kapitalis.com/archiv/190-politik/18462-tunisie-politique-enmahdha-e> [22-04-23]. S. dazu ausführlicher: Ruf, Werner (2022): Tunesien: Ende des demokratischen Hoffnungsträgers? In: *International* 5/2022, S. 26 – 29.

4 <https://www.webdo.tn/2019/02/05/la-dette-publique-de-la-tunisie-a-triple-depuis-2011/> [27-08-22].

5 Eine erste Bilanz der zu erwartenden Folgen findet sich in: Baumgratz/Chaabane/Ruff/Telkämper Hrg. (2017): *Development by Free Trade? | Développement à travers le libre-échange?* Peter Lang-Verlag, Brüssel.

6 Nida Tunis, eine bürgerlich-säkulare Partei, die auch Anhänger der Partei von Burgiba und Ben Ali an sich zog, wurde stärkste Kraft. Sie löste sich jedoch in der folgenden parlamentarischen Arbeit auf – so wurde en-nahda wieder stärkste parlamentarische Kraft. Ausführlicher zur tunesischen Innenpolitik der Jahre 2011–2022 s. Ruf, Werner (2022) *International* 5/2022, S. 26 – 29.

7 Dt. Übersetzung der Verfassung s. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=78440ca0-ee2-4369-7ed6-7f248127d3c0&groupId=272546 [23-10-21]. Ausführlicher: Ruf, Werner (2022): Tunesien: Ende des demokratischen Hoffnungsträgers? In: *International* 5/2022, S. 26 – 29.

8 S. die Ergebnisse regelmäßig abgehaltener Umfragen. Dazu: *Presspiegel* ...

9 <https://www.businessnews.com.tn/propagande-isie-un-taux-de-participation-aux-legislatives-de-88-a-la-fermeture-des-bureaux-de-vote,520,1252953> [19-12-22].

Wirtschaftlicher Niedergang und Schuldenfalle

Im Juni 2013 hatte Tunesien ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds über einen Kredit von 1,75 Mrd. \$ geschlossen,¹⁰ der es dem Land ermöglichte, auf den internationalen Finanzmärkten weitere Kredite aufzunehmen. Die wirtschaftliche Lage des Landes war desolat, sie verschlechterte sich in den Folgejahren dramatisch: Der (Billig-)Tourismus als Hauptdevisenquelle siecht seit den islamistischen Anschlägen von 2015 auf das Nationalmuseum in Bardo (22 Tote) und ein Hotel in Sousse (39 Tote) dahin. Verschlimmert wurde die Krise des Tourismus durch die Corona-Pandemie, die Tunesien besonders hart traf. Schon vor dem Volksaufstand von 2011 war die Phosphatausfuhr, ein weiterer Devisenbringer, durch Arbeitskämpfe praktisch gelähmt. Der Anteil des Bruttosozialprodukts, der im informellen Sektor erwirtschaftet wird und daher keinerlei Anteil am BSP hat, liegt bei etwa 50 %.

In einer vernichtenden Bilanz haben die Ökonomen Lamari und Manai den Stand der Ökonomie im Jahre 2022 untersucht.¹¹ So kann der Staat sich nicht länger ohne wachsende Verschuldung finanzieren. Mehr als die Hälfte der Steuern dient zur Bezahlung einer aufgeblähten und ineffizienten Bürokratie. Das Bruttosozialprodukt ist zwischen 2010 und 2021 um 20 % geschrumpft. Die Schulden sind im gleichen Zeitraum von 41 % auf 98 % des BIP gestiegen. Die Kaufkraft ist um 35 % geschrumpft, der Dinar hat 40 % seines Wertes verloren. Die Investitionen sind um zwei Drittel gesunken, die Ersparnis ist von 14 % auf 4 % zurückgegangen, zehntausende kleine und mittlere Betriebe sind insolvent. Dank der (schon unter Ben Ali geschlossenen) Freihandelsverträge wurden heimische handwerkliche und Industrieprodukte durch Importe ersetzt, die informelle Wirtschaft wuchs. Die öffentliche Ordnung beginnt zusammenzubrechen. Das gilt für den Straßen- und Eisenbahnverkehr wie für das Erziehungs- und das öffentliche Gesundheitswesen.

Die politische Entwicklung befeuerte diesen Prozess: Die Abgeordneten hatten großenteils nur ihre persönliche Bereicherung im Blick, wechselten gegen Bezahlung die Fraktion, über 480 Minister folgten einander innerhalb von zehn Jahren und viele nutzten ihr Amt zur persönlichen Bereicherung, etablierten nepotistische Netzwerke. Dass die Neueinstellung von rd. 300.000 Beamten zugunsten von Mitgliedern und Anhängern der en-nahda und großenteils ohne den Nachweis jedweder Qualifikation erfolgte, illustriert diese fast institutionalisierte Patronage.

Die allgegenwärtige Korruption äußert sich z. B. darin, dass Lehrer*innen Noten ihrer Schüler anheben oder drücken, je nachdem ob sie ihnen bezahlte Nachhilfestunden geben oder nicht, dass erst im Urteil in einem Unterhaltsprozess erkennbar wird, welche Partei den Richter am besten bestochen hat usw. So trägt die allgemeine Verarmung dazu bei, dass Korruption und Patronage sich in den Poren der Gesellschaft eingestrichelt haben.

Mittlerweise hat Tunesien ein Abkommen über einen Kredit von 1,9 Mrd. \$ mit dem Internationalen Währungsfonds verhandelt. Der IWF verfügt die üblichen Strukturaufgaben¹² wie die Beendigung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und Energie, für das Gesundheits- und Erziehungswesen, die Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Unternehmen. Doch Staatspräsident Kais Sajed weigert sich, das ausgehandelte (besser: vom IWF diktiert-

te) Abkommen zu unterzeichnen. Außenminister Ammar erklärte nochmals am 25. Mai dieses Jahres, dass Tunesien die Verhandlungen mit dem IWF nicht abbrechen wolle, dass es aber „rote Linien“ gebe: den Schutz der prekären Schichten und die Stabilität des Landes.¹³

Sajed hofft durch einen Aufruf für eine nationale Anleihe bei den Bürgerinnen und Bürgern, durch Appelle für verstärkte Überweisungen seitens der Auslandstunesier eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Diese Aufrufe sind nicht erfolglos, ihr Ergebnis jedoch ungenügend, um den Finanz- und Devisenbedarf des Landes zu decken. Auch die Flüchtlingsproblematik wird zur kurzfristigen Minderung der Schulden genutzt: So stellte Italien Anfang Mai 2023 kurzfristig 20 Mio. € zur Verfügung, wobei 6,5 Mio. für die Beschaffung von Ausrüstung zur „Seenotrettung“ verwendet werden sollen.¹⁴

Migration und Flucht

Der allgemeine soziale Abstieg, Verelendung und Perspektivlosigkeit haben dazu geführt, dass viele Tausende Tunesierinnen und Tunesier mittlerweile in der Flucht nach Europa die einzige Chance für ein menschenwürdiges Leben erblicken. Allein im Zeitraum von Januar bis März dieses Jahres kamen 26.800 geflüchtete Menschen in Italien an, etwa 58 % davon waren Tunesierinnen und Tunesier.¹⁵ Teilweise sind es ganze Familien, welche die lebensgefährliche Reise in oft seeuntüchtigen Booten wagen. Die tunesische NGO FTDES (Forum Tunisien des Droits Economiques et Sociaux) zählte für 2022 insgesamt 13.742 Menschen, darunter 642 Frauen, 2.673 Minderjährige, davon 1.822 Unbegleitete,¹⁶ denen die Flucht an die Ufer Europas gelang. Hauptziel der Flüchtlinge ist die nur 140 km von der tunesischen Küste entfernte italienische Insel Lampedusa. Trotz aller repressiven Anstrengungen Tunesiens und Italiens wächst die Zahl der Geflüchteten dramatisch: Allein in der Zeit vom 7. bis 10. April 2023 erreichten rd. 3.000 Menschen Italien, davon etwa 1.700 Lampedusa.¹⁷

Zu den hier angegebenen Zahlen von Menschen, die aus Tunesien kommend die Grenze Europas erreichten, sind hinzuzuzählen die oft in die Hunderte¹⁸ gehende Zahl der pro Nacht durch die tunesische Küstenwache „Geretteten“, wie jene Flüchtlinge in der offiziellen Sprache der Sicherheitskräfte genannt werden, die aufgegriffen wurden. Die Motoren ihrer Boote werden meist zerschossen, sie selbst inhaftiert. Die Zahl der Leichen, die nahezu täglich an die tunesischen Strände gespült werden, wird nicht zentral erfasst, für wieviele Schiffsbrüchige das Mittelmeer zum Grab geworden ist, wird man nie erfahren. Der Umgang mit den Folgen dieser Entwicklungen, wirft neue Probleme auf: Es mangelt an Plätzen auf Friedhöfen, die Leichenhalle des Krankenhauses der zweitgrößten Stadt, Sfax, ist wegen Überfüllung geschlossen.¹⁹

Die tägliche Verschärfung der sozialen Lage in Tunesien hat (wie übrigens auch in Marokko und Algerien) zu wachsendem Rassismus, der latent im Maghreb schon seit Generationen existiert, und teilweise zu regelrechten Pogromen gegen Menschen mit schwarzer Haut geführt. Angesichts der sich mehrenden rassistischen

¹⁰ <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13161.pdf> [14-05-23].

¹¹ Lamari, Mokhtar/Manai, Mohamed Hedi: Tunisie: Le déni de l'économie de la Constitution 2014. <https://kapitalis.com/tunisie/2022/01/27/tunisie-le-deni-de-leconomie-de-la-constitution-2014/> [14-05-23].

¹² <https://kapitalis.com/tunisie/2023/03/20/migrants-tunisie-la-nouvelle-libye-qui-inquiete-meloni-et-leurope/> [21-03-23]

¹³ <https://www.businessnews.com.tn/Nabil-Ammar-les-n%C3%A9gociations-avec-le-FMI-se-poursuivent-mais-il-y-a-des-lignes-rouges-1,520,129419,3> [26-05-23].

¹⁴ <https://www.businessnews.com.tn/italie-alloue-dix-millions-deuros-a-la-cooperation-avec-la-tunisie-en-matiere-de-migration-irreguliere,520,128894,3> [18-05-23].

¹⁵ <https://www.aa.com.tr/fr/monde/hcr-le-nombre-de-migrants-arrivant-en-italie-a-plus-que-quadruple-C3%A9-au-1er-trimestre-2023/2865829> [14-05-23].

¹⁶ <https://www.voaafrique.com/a/migrations-irr%C3%A9gul%C3%A8res-plus-de-13-000-tunisiens-arriv%C3%A9s-en-italie-en-2022/6745540.html> [15-05-23].

¹⁷ <https://euromedrights.org/fr/migrant-e-s-et-refugie-e-s-en-italie/> [18-05-23].

¹⁸ So nennt das FTDES offizielle Zahlen der Küstenwache von teilweise über 500 „Geretteten“ pro Nacht. (s. o. Anm. 17).

¹⁹ <https://www.tagesspiegel.de/internationales/210-tote-in-zehn-tagen-entdeckt-leichenhalle-in-tunesien-uberfullt-mit-ertrunkenen-fluchtlingen-974052.html> [20-05-23].

Gewalttaten goss Staatspräsident Sajed noch Öl ins Feuer: Auf facebook präsentierte er eine tunesische Variante der etwa vom ultrarechten französischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour vertretenen Theorie der „großen Umvolkung“ und behauptete, seit Beginn des Jahrhunderts gebe es einen kriminellen Plan zur Veränderung der Zusammensetzung der tunesischen Bevölkerung. „Horden von illegalen Migranten“ aus dem subsaharischen Afrika stürzten sich auf Tunesien. Nach 2011 hätten bestimmte Parteien viel Geld für die Ansiedlung von illegalen Migranten aus Afrika erhalten, sodass Tunesiens „arabisch-islamischer Charakter ausgelöscht“ würde.²⁰

Diese Äußerungen bewirkten, dass schon im Gang befindliche Übergriffe auf Menschen mit schwarzer Haut sich zu regelrechten Pogromen auswuchsen: Schwarzafrikaner*innen wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, ihr spärliches Hab und Gut wurde vernichtet, ihre Ersparnisse gestohlen. Angehörige von Polizei und Nationalgarde beteiligten sich an diesen Übergriffen, die sich nicht nur gegen Geflüchtete sondern auch gegen die zahlreichen schwarzafrikanischen Studierenden richteten. Guinea, Elfenbeinküste, Senegal und Mali richteten jeweils Luftbrücken ein, um ihre Staatsangehörigen in Sicherheit zu bringen.²¹

Während die EU und einzelne europäische Länder und vor allem ihre Presse diese Auswüchse genauso wie den Mangel an formaler Demokratie aufs Schärfste verurteilen, zeigt sich gleichzeitig die Doppelbödigkeit europäischer und deutscher Flüchtlingspolitik: Angesichts des Fachkräftemangels etwa in Deutschland wirbt die Botschaft auf ihrer homepage um Einwanderung qualifizierter Hochschulabsolvent*innen²² vor allem mit technik- und ingenieurwissenschaftlichen oder medizinischen Abschlüssen. Dass die Zahl der arbeitslosen Akademiker im Lande konstant bei rd. 50 % liegt, dürften diese gezielten Anwerbungen nichts ändern. Im Gegenteil bewirkt sie die Verschärfung der Unterentwicklung, den Rückgang der ohnehin prekären medizinischen Versorgung im Lande, dessen Volkswirtschaft die Qualifikation dieser Arbeitskräfte ermöglicht hat, aber nicht in den Genuss ihrer Leistungen kommt. Dieser staatlich organisierte brain drain trägt erheblich zur Verschärfung der Fluchtursachen bei. Die immer unerträglichere Situation führt dazu, dass Sajed daraus eine durchaus nicht unwirksame Waffe zu machen scheint: Am Rande des G7-Gipfels hat die italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni die Direktorin des IMF, Kristalina Georgieva und EU-Präsidentin von der Leyen getroffen und im Umgang mit Tunesien „mehr Pragmatismus“ und „weniger Härte“ gefordert.²³

Wie weiter?

Mit der vom Staatspräsidenten verordneten direkten Demokratie ist die Legislative zersplittert und kaum handlungsfähig. Das Wahlvolk verzichtete auf die Wahl einer Versammlung, die ohnedies entscheidungsunfähig ist – vertraut aber weiterhin jenem Mann, der die Legislative selbst übernommen hat. Vielleicht aber erfolgen die wirklichen Abstimmungen längst mit den Füßen oder dem Außenbordmotor und folgen der von Bertold Brecht formulierten Grundweisheit „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“. Während „der Westen“ mit massivem Druck von IWF und EU den konsequenten Umbau der Wirtschaft nach neoliberalen Muster durchzusetzen versucht, zerstört er zugleich die Mittelschichten

20 Die NGO Tunesisches Forum für Ökonomische und Soziale Rechte hat dieser Entwicklung eine umfangreiche Studie gewidmet: Tebini, Maram (Mai 2003): *Crispation anti-migrants subsahariens en Tunisie. Discours et Violences, Tunis, FTDES*, 41 S.

21 S. *Le Monde Diplomatique*, engl. Ausgabe: <https://mondediplo.com/2023/05/04tunisia> (16-05-23).

22 <https://tunis.diplo.de/tn-de/service/05-VisaEinreise/> [24.5.2023].

23 <https://kapitalis.com/tunisie/2023/05/20/la-question-tunisienne-sinvente-au-sommet-du-g7-a-hiroshima/> [20-05-23].

des Landes, die vielleicht wesentlichste Basis für eine bürgerliche Demokratie. Die eigentliche Sorge EU-Europas gilt weniger der Demokratie als der Zunahme der Flüchtlinge, für deren Bekämpfung zweistellige Millionenbeträge investiert und elementare Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden. Gleichzeitig wächst in den westlichen Medien die Empörung, wenn in Tunesien Oppositionelle aller Couleur, Geschäftsleute, Gewerkschafter, Journalisten, vor allem aber Führungspersonen der en-nahda verhaftet und teilweise verurteilt werden.²⁴

Ja, EU-Europa und die USA sorgen sich um die Demokratie in Tunesien. Wer aber sorgt sich um die Tunesierinnen und Tunesier? In den Kommentaren zur Entwicklung Tunesiens scheint zunehmend das rassistische Narrativ auf, dass „die Araber“ eben demokratieunfähig und von der Sehnsucht nach autoritärer Herrschaft geprägt seien. So hat der Ruf nach Beachtung demokratischer Regeln etwas Zynisches, war er doch nicht zu hören, als die Muslim-Brüder die Regierungspolitik bestimmten und ihre parallele Staatlichkeit errichteten.

Sajeds Herrschaft ist auch außenpolitisch unbequem: Als arabischer Nationalist alter Schule befürwortete er die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga, eine Aussöhnung mit dem „zionistischen Gebilde“ Israel kommt für ihn nicht infrage, wie er auch versucht, sich gegen die Strukturaufgaben des IWF als einer unzulässigen ausländischen Einmischung zu wehren. Diese Positionen erklären einen wesentlichen Teil der Zustimmung zu seiner Politik.

Stützen kann er sich bisher auf das bis dato in Tunesien relativ unbedeutende Militär, das allerdings an politischer Bedeutung gewonnen hat: In der von en-nahda dominierten Regierungszeit schloss Tunesien ein Partnerschaftsabkommen mit der NATO, die Armee nimmt seither an den vom in Stuttgart ansässigen US-Oberkommando für Afrika AFRICOM geführten Großmanövern in Nordafrika und im Sahel teil.²⁵ Und die Rolle der Armee in der Politik ist gewachsen: Es war die Armee, die im Juli 2021 im Auftrag Sayeds das Parlament abriegelte und die Abgeordneten am Zutritt hinderte. Die jüngst Verhafteten werden von Militärgerichten abgeurteilt. So erscheint das Militär zunehmend als möglicher Ordnungsfaktor für den Fall, dass das zivile System Sajed scheitern sollte.

Neben der Kritik an Sajeds zunehmend autoritärer Herrschaft, bei der berechtigten Empörung über seine rassistischen Ausfälle ist allerdings auch sein beinhardter Widerstand gegen die gesellschaftszerstörenden Strukturanpassungsvorschläge des IWF zu bemerken. Dieser Konflikt findet statt in Zeiten großer Umbrüche des internationalen Systems, der Herausbildung einer Multipolarität, des Aufstiegs der BRICS-Staaten, einer Rückkehr der ehemaligen „Dritten-Welt“ auf die Weltbühne. Dass das kleine, im „Westen“ tief verankerte Tunesien zum Vorreiter dieser Bewegung würde, ist kaum zu erwarten. Dass es neu entstehende Spielräume zu nutzen vermag, ist ihm zu wünschen – vor dem Hintergrund eines sich demokratisierenden Internationalen Systems. 🌐

Werner Ruf, Studium der Geschichte, Romanistik und Politikwissenschaften. Lehrtätigkeit an vielen Universitäten, langjähriger Forschungsaufenthalt in Nordafrika.

E-Mail: werner_ruf@gmx.net

24 So widmete die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2023 der Verurteilung von Rachid Ghannouchi zu einem Jahr Gefängnis breiten Raum, auch in den US-Medien fand seine Verhaftung große Aufmerksamkeit.

25 <https://www.businessnews.com.tn/brigade-americaine-en-tunisie-aficom-precise,520,99036,3> [09-05-23]. Immerhin haben die USA seit dem Tyrannensturz 2011 mehr als 1 Mrd. \$ in die tunesische Armee investiert.